



Plenarprotokoll

29. Sitzung

Donnerstag, 21. März 2013

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Nachruf		Staatssekretär André Schmitz	2720
Abgeordnete Marion Seelig	2711	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	2720
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	2711	Staatssekretär André Schmitz	2720
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	2711	Wird Berlin der Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule im Bundesrat zustimmen?	2720
Frank Jahnke (SPD)	2712	Thomas Birk (GRÜNE)	2721
Michael Braun (CDU)	2713	Staatssekretärin Barbara Loth	2721
Ramona Pop (GRÜNE)	2713	Thomas Birk (GRÜNE)	2721
Dr. Manuela Schmidt (LINKE)	2715	Staatssekretärin Barbara Loth	2722
Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2716	Stefan Evers (CDU)	2722
1 Mündliche Anfragen	2717	Staatssekretärin Barbara Loth	2722
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Elterngeld – Wartezeiten ohne Ende, und der Senat schaut zu?	2722
Drucksache 17/MA29		Katrin Möller (LINKE)	2722
„Flüchtlingsheim Marie Schlei“ in Berlin Reinickendorf	2717	Senatorin Sandra Scheeres	2722
Thorsten Karge (SPD)	2717	Katrin Möller (LINKE)	2723
Senator Mario Czaja	2717	Senatorin Sandra Scheeres	2723
Thorsten Karge (SPD)	2718	Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	2723
Senator Mario Czaja	2718	Senatorin Sandra Scheeres	2723
Canan Bayram (GRÜNE)	2719	Ohne Barney, ohne Poelchau – will der Senat den herausragenden Schulleiter wirklich vor die Tür setzen?	2724
Senator Mario Czaja	2719	Martin Delius (PIRATEN)	2724
Sind Ehrenamtliche in religiösen Einrichtungen der Bezirksmedaille von Friedrichshain-Kreuzberg nicht mehr würdig?	2719	Senatorin Sandra Scheeres	2724
Kurt Wansner (CDU)	2719	Martin Delius (PIRATEN)	2724
Staatssekretär André Schmitz	2719	Senatorin Sandra Scheeres	2724
Kurt Wansner (CDU)	2720	Özcan Mutlu (GRÜNE)	2725
		Senatorin Sandra Scheeres	2725
		Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderung“	2725
		Birgit Monteiro (SPD)	2725
		Staatssekretär Bernd Krömer	2725

Ergebnis	2752	Burkard Dregger (CDU)	2766
4 Prioritäten	2752	Fabio Reinhardt (PIRATEN)	2767
gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Burkard Dregger (CDU)	2767
4.1 Priorität der Fraktion Die Linke	2752	Elke Breitenbach (LINKE)	2767
24 Gleicher Zugang zum Recht für alle Bürgerinnen und Bürger – Einschränkung der Prozesskosten- und Beratungshilfe stoppen!	2752	Fabio Reinhardt (PIRATEN)	2768
Antrag der Fraktion Die Linke		Ergebnis	2769
Drucksache 17/0877		4.5 Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2769
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	2752	22 Einbürgerung erleichtern – Optionszwang abschaffen – zwei Pässe ermöglichen!	2769
Sven Kohlmeier (SPD)	2753	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Dirk Behrendt (GRÜNE)	2754	Drucksache 17/0875	
Sven Rissmann (CDU)	2755	Canan Bayram (GRÜNE)	2769
Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	2756	Thorsten Karge (SPD)	2770
Ergebnis	2757	Hakan Taş (LINKE)	2771
4.2 Priorität der Piratenfraktion	2757	Burkard Dregger (CDU)	2772
25 Gesetzliche Kennzeichnungs- und Legitimationspflicht für Dienstkräfte im Polizeivollzugsdienst im Land Berlin	2757	Ramona Pop (GRÜNE)	2773
Antrag der Piratenfraktion		Burkard Dregger (CDU)	2773
Drucksache 17/0880		Fabio Reinhardt (PIRATEN)	2774
Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2757	Ergebnis	2775
Frank Zimmermann (SPD)	2758	6 Zwölftes Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes	2775
Christopher Lauer (PIRATEN)	2759	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 11. März 2013	
Frank Zimmermann (SPD)	2759	Drucksache 17/0890	
Zitieren von Senatsmitgliedern (Bürgermeister Frank Henkel)	2759	zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0825	
Benedikt Lux (GRÜNE)	2759	Zweite Lesung	
Ergebnis	2760	Ergebnis	2775
Benedikt Lux (GRÜNE)	2760	6 A Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Berlin (Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz – SVVollzG Bln)	2775
Dr. Robbin Juhnke (CDU)	2761	Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 13. März 2013 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 20. März 2013	
Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	2762	Drucksache 17/0900	
Hakan Taş (LINKE)	2763	zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0689	
Ergebnis	2764	Zweite Lesung	
4.3 und 4.4 Priorität der Fraktion der SPD und Priorität der Fraktion der CDU	2764	hierzu:	
18 Integration durch Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen fördern	2764	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU		Drucksache 17/0900-1	
Drucksache 17/0860		Dirk Behrendt (GRÜNE)	2776
Franziska Becker (SPD)	2764		
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	2765		

(Dirk Behrendt)

und sollte von uns im Ausschuss noch einmal breiter beleuchtet werden – zur Prozesskostenhilfe nicht geeignet, um dem behaupteten Missbrauch überhaupt begegnen zu können.

Zu berücksichtigen ist sicherlich auch, dass man die Verfahren mit den vorgeschlagenen Änderungen komplizierter macht, und da stellt sich immer die Frage, ob sich der wesentlich höhere Verwaltungsaufwand im Hinblick auf den möglichen Ertrag lohnt. Ist es wirklich sinnvoll, dass Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger komplizierte Antragsverfahren durchführen, um dann die Rate womöglich um 5 Euro erhöhen zu können? Da möchte ich drei Fragezeichen machen.

Ich als Richter, als einer derjenigen, die Prozesskostenhilfe durchaus bewilligt, das Verfahren betrieben und nachgefragt haben, wie es mit dem Einkommen ist, hätte mir wiederum nicht vorstellen können, dass in der Justizverwaltung niemand festgesetzte Raten auch mal überprüft. Wir rechnen hin und her, wie viel derjenige zahlen kann und soll, dann wird eine Ratenzahlung im Beschluss festgelegt, aber es gibt niemanden, der mal nachfragt und den mal erinnert, dass er vielleicht auch mal die Ratenzahlung erbringt. Das muss man sich sicherlich in der Verwaltungspraxis noch mal genauer angucken. Das ist sicherlich etwas, was wir auch im Hinblick auf den Berliner Landeshaushalt nicht so laufen lassen sollten, denn die festgesetzten Raten sollten nun wirklich erbracht werden.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Sven Rissmann (CDU)]

Die Rechtsuchenden sind jedenfalls für Einsparungen – das ist ja das wesentliche Argument – denkbar ungeeignet.

Vizepräsident Andreas Gram:

Sie müssten zum Ende kommen, Kollege Behrendt.

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Letzter Satz, Herr Präsident! – Wer bei der Prozesskostenhilfe einspart, versündigt sich am Rechtsstaat. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Ich danke Ihnen! – Herr Kollege Rissmann! Ich erteile Ihnen jetzt das Wort für die Fraktion der CDU.

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der schon zu Genüge begründete Antrag der Linken verlangt, dass sich

dieses Haus gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu der Drucksache 17/11472 – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Prozesskosten- und Beratungshilfe – einsetzt. Das ist aus meiner Sicht verwunderlich, da auch das Land Berlin jährlich mit erheblichen Ausgaben für die Prozesskostenhilfe belastet wird. So waren es zum Beispiel im Jahr 2009 ca. 16,5 Millionen Euro. Der Trend zeigt nach oben. Rückflüsse werden in Berlin, was ausdrücklich zu kritisieren ist, gar nicht erfasst, sodass die endgültige Leistung und auch Belastung des Landes Berlin wohl gar nicht bezifferbar ist. Bei den Ländern, bei denen solche Rückflüsse erfasst werden, lag die Quote im Jahr 2010 bei weniger als 20 Prozent. Auf die Problematik der Überprüfung und Kontrolle der Durchführung von Ratenzahlungen hat der Kollege Behrendt schon hingewiesen. Auch das wird zu beachten sein.

Ich will Ihnen zur Veranschaulichung, warum es einen Handlungsbedarf auf Bundesebene gibt, ein weiteres Zahlenbeispiel aus dem Bereich der Beratungshilfe nennen. Im Jahr 1981 gab es bundesweit nicht mal 60 000 Anträge auf Beratungshilfe durch einen Rechtsanwalt. Im Jahr 2010 waren es 970 152 Anträge. Das ist mehr als eine Versechzehnfachung. Das erklärt auch, dass es in der 16. und 17. Bundestagswahlperiode Forderungen aus den Ländern gab, die sich dann in Bundesratsinitiativen ausdrückten, die gestiegenen Ausgaben zu begrenzen und die Prozess- und Verfahrenskostenhilfe effizienter zu gestalten. Wichtig ist dabei zu betonen, dass – ich darf aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der hier angegangen wird –, zitieren, sichergestellt werden soll,

dass der Zugang zum Recht gerichtlich wie außergerichtlich weiterhin allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von Einkünften und Vermögen eröffnet ist.

Das ist ein wesentlicher Grundsatz, zu dem wir uns bekennen und der von niemandem infrage gestellt wird. Die Initiative der Linken ist daher offensichtlicher Populismus und reine Angstmacherei.

[Beifall bei der CDU –
Dr. Klaus Lederer (LINKE): Lesen Sie mal den
Gesetzentwurf der Bundesregierung!]

Es geht der Bundesregierung und vielen Ländern darum, zukünftig besser ungerechtfertigte Prozesskostenhilfebewilligungen zu vermeiden und dem Missbrauch von PKH entgegenzuwirken. Mit anderen Worten: Nur derjenige, der auch wirklich bedürftig ist, soll diese staatliche Unterstützung erhalten. Deshalb müssen die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse stärker als bisher geprüft werden.

Auch scheint es aus meiner Sicht gerechtfertigt, ohne dabei de facto den Zugang zum Recht abzuschaffen, die Empfänger dieser Leistungen stärker an der Finanzierung zu beteiligen. Ferner kann der Maßstab für die Bewilligung von Prozesskostenhilfe nur der „vernünftig bemittele Rechtsuchende“ sein, wie ihn das Bundesver-

(Sven Rissmann)

fassungsgericht nennt. Dieser wägt Kostenrisiko und Erfolgsaussichten vernünftig gegeneinander ab. Wenn man nun den Unbemittelten dem Bemittelten gleichstellt, kann das Gebot der Rechtsschutz- und Rechtswahrnehmungsgleichheit nicht verletzt sein, wie es hier von den Linken und den Grünen behauptet wird.

Im Kern geht es darum, die berechtigten Interessen der Länder an einer Kostensenkung und der Unterbindung von Missbrauch in einen angemessenen Ausgleich mit der Rechtsschutz- und Rechtsweggarantie der Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Ich bin davon überzeugt, dass die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag dies bei der weiteren Beratung beachten und einen vernünftigen, sachgerechten und sozialen Ausgleich erzielen wird.

Da der Bereich der Prozesskosten- und Beratungshilfe auch für Berlin eine große Rolle spielt und erhebliche Steuermittel bindet, bin ich auf die Beratung im Rechtsausschuss gespannt. Dort wird darzustellen sein, wie viel Haushaltsmittel das Land Berlin im Fall der Umsetzung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung einsparen kann. Dass dagegen Die Linke auch nur einen Fall wird nennen können, in dem einem vernünftigen bemittelten oder eben dem vernünftigen nicht bemittelten Rechtsuchenden, der auch tatsächlich mittellos ist, der Zugang zum Recht verwehrt wird, darf ich bereits jetzt bezweifeln. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Kollege Rissmann! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Kollege Dr. Weiß. – Bitte schön!

Dr. Simon Weiß (PIRATEN):

Vielen Dank! – Manchmal muss man kurzfristig etwas umdisponieren. Ich wollte meine Rede nämlich mit dem gleichen Satz anfangen wie Herr Dr. Lederer vorhin:

[Sven Rissmann (CDU): Das wundert mich nicht!]

Vor dem Gesetz sind alle gleich. – Ich wollte noch weiter zitieren: „Vor dem Gesetz steht ein Türhüter.“ – Das ist der erste Satz der bekannten Parabel von Kafka „Vor dem Gesetz“. Es geht da auch ähnlich unerfreulich weiter.

[Beifall bei den PIRATEN]

Da gibt es doch einige unterschiedliche Vorstellungen, aber ich glaube, es ist in den vorherigen Redebeiträgen schon hinreichend klar geworden, welche Bedeutung die Prozesskosten- und Beratungshilfe dafür hat, dass unser Rechtsstaat und das rechtsstaatliche Prinzip des gleichen Rechtszugangs für alle nicht nur auf dem Papier steht.

Konkret zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung bzw. aus dem Haus der Bundesjustizministerin, die vor-

hin von Kollegen Gram schon als linksliberal bezeichnet wurde: Ich will ihm zugestehen, dass er diese Zeit noch miterlebt hat. Dieser Gesetzentwurf spricht allerdings eine andere Sprache, was die konkreten Probleme darin, was die Freibetragsgrenze, was die Beiordnung in Scheidungsverfahren usw. angeht. Es gibt noch einige andere Punkte. Sie sind in dem Antrag enthalten. Man könnte sogar noch mehr nennen. Das wurde schon ausgeführt.

Wenn diese Gesetzänderung so durchkommt, bedeutet das eine erhebliche Erhöhung der Hürden zum Rechtszugang für einkommensschwache Menschen. Der Grund, auch das wurde schon angesprochen, aus dem diese Änderungen vorgenommen worden sind, sollen Kosten sein. Jetzt wurde behauptet, die Kosten wären explodiert. Wenn man sich mal die Statistik der Entwicklung der Prozesskosten- und Beratungshilfe mal anguckt, ist zumindest in den letzten Jahren nichts von einer Explosion zu sehen. Die Kosten waren ungefähr gleich. Über einen längeren Zeitraum gibt es eine Erhöhung, und wenn man sich fragt, was dafür der Grund ist, ist es sicherlich nicht der, dass Rechtsmissbrauch zum neuen Volkssport ausgerufen wurde, sondern sicherlich – ich zitiere direkt aus der Begründung des Gesetzentwurfs –:

die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zahlreicher Haushalte im Bereich der Geringverdiener.

Das ist eine ungewohnt ehrliche Ansage aus einem FDP-geführten Ministerium.

[Beifall bei den PIRATEN –
Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

– Herr Kohlmeier hat das vorhin anekdotisch bestätigt. – Das heißt, soweit es dort zu einer erhöhten Anzahl von Fällen gekommen ist, ist es das Ergebnis einer verfehlten Sozialpolitik auf Bundesebene. Es kann nicht sein, dass die dadurch entstehenden Kosten wiederum auf die Opfer dieser gleichen Politik abgewälzt werden.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und
der LINKEN]

Jetzt wurden hier zwei Argumente gebracht. Das eine war: Das ist ein Bundesthema. Dazu sollte sich Berlin nicht positionieren. – Es ist, glaube ich, aus der Diskussion schon hinreichend klar geworden, dass dies, auch wenn es ein bundespolitisches Thema ist, eines ist, das Berlin durchaus in besonderem Maße betrifft. Es betrifft Haushaltsmittel, die hier ausgegeben werden. Es ist nicht ohne Grund so, dass die Initiative zu diesem Gesetzentwurf ursprünglich, so verfehlt er von der Intention her auch sein mag, aus den Ländern kam. Natürlich ist das ein Thema, bei dem die Länder in besonderer Weise gefragt sind.

Zu dem zweiten Aspekt, der finanziellen Entlastung: Da muss man sich einmal konkret die Zahlen angucken. Da gehe ich jetzt mal von den Zahlen aus der Begründung